

Herr
Hans-Felix Trachsler (Gemeinderatspräsident)
Alte Gfennstrasse 34
8600 Dübendorf

Dübendorf, 7.6.2005

GR Gesch Nr. 206 / 2005

Interpellation Politischer Zusammenschluss Dübendorfs mit Nachbargemeinden

Im September 2002 begründete der Stadtrat seinen Antrag für die Mitgliedschaft im Verein ‚glow. das Glattal‘ richtigerweise damit, dass es nicht mehr möglich sei, „dass jede Gemeinde sich alleine den anstehenden Problemen annimmt“. Ich habe in der damaligen Diskussion darauf hingewiesen, dass zwar demokratisch gewählte Gemeindepräsidenten in der Regionalkonferenz mitwirkten, aber eben nicht nach Parteienproporz vertreten seien. Dass Zweckverbände demokratisch zu organisieren seien, steht nun in der neuen Zürcher Verfassung. Das ist einer der Gründe für das Einreichen dieser Interpellation. Weitere sind die Anzeichen des schleichenden Verlustes eigenständigen Handelns: Bau- und Planungsabläufe sind grösstenteils kantonal vorgegeben, der Bereich der obligatorischen Bildung wird strategisch und finanziell von den Gemeinden übergeordneten Ebenen gesteuert. Energie, Verkehrs- und Umweltfragen sind kantonal oder gar eidgenössisch geregelt, ebenso Sicherheits-, Bildungs- und Sozialfragen. Wo bleibt da sinnvoller Spielraum auf kommunaler Ebene? Aber auch: Wie sinnvoll sind Steuerwettbewerbe unter den kleinräumigen Gemeinden?

Als Agglomerationsgemeinde um die Kernstadt Zürich sind wir in ein mobiles, eng vernetztes urbanes Umfeld eingebettet. In dieser Situation muss gefragt werden, ob die politische Selbständigkeit der traditionellen Gemeinde noch sinnvoll und tragbar ist. Die zunehmend Gemeinde überschreitenden, ja teils Regionen-, Kantons und Landesgrenzen überschreitenden Probleme führen zwangsläufig zur Frage der optimalen Entscheidungsfindung. Es geht dabei nicht um die Abschaffung des Föderalismus, sondern darum, ihn in neuen Strukturen demokratisch wieder zu beleben. Das trägt zur Stärkung der Politik und eines wirksamen service public bei. Dazu gehören die Bildung kleinerer Orts- und Quartiergemeinschaften, die effektive Verantwortung für sich übernehmen können oder von grossräumigeren Zweckgemeinschaften, die demokratisch legitimiert sind.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat obengenannte Einschätzung bezüglich Autonomieverlust von Gemeinden und insbesondere der Stadt Dübendorf, bzw. wie hoch schätzt er den „nicht autonomen Nachvollzug“ von übergeordnetem Recht?
2. Wie stellt sich der Stadtrat zu einem politischen Zusammenschluss der Stadt Dübendorf mit Nachbargemeinden und wie schätzt er die Vor- und Nachteile ein?
3. Welcher Art von Zusammenschluss könnte sich der Stadtrat vorstellen (Stichworte: Zweckverband, Zweckgemeinde, Fusion) und wie stellt er sich die Organisation und Grösse einer übergeordneten Behörde vor (Legislative und Exekutive)?
4. Welche Gemeinden kämen aus der Sicht Dübendorfs in Frage?
5. Welche demokratischen Instrumente müssten ausgebaut werden, um die Mitsprache Dübendorfs integral oder einzelner Quartiere in einer neuen ‚Stadt‘ zu gewährleisten?
6. Welches Vorgehen müsste gewählt werden, falls ein solcher Zusammenschluss angestrebt würde?